

bis hin zur Distanzierung von allen drei Teilungsmächten und der Forderung nach Errichtung eines unabhängigen polnischen Nationalstaates festzustellen.

Als Gründe für diese Entwicklung führt die Vf. für jedes Teilungsgebiet spezifische Bedingungen an, die sich im Verlauf des Krieges zu einer gesamt-polnischen Erfahrung verdichteten: In Kongresspolen gehörten die Kriegszerstörungen, Flucht und Deportationen im ersten Kriegsjahr zu den fundamentalen Erfahrungen der Bevölkerung, gefolgt von systematischer wirtschaftlicher Ausbeutung, fehlender politischer Mitsprache und Ungewissheit über die Zukunft des Landes unter deutsch-österreichischer Besatzung. Dies konnte durch kulturpolitische Zugeständnisse, die Proklamation des Königreichs Polen am 5. November 1916 und die Bildung machtloser politischer Körperschaften kaum abgemildert werden. Infolgedessen sei in den polnischsprachigen Veröffentlichungen ein tiefgreifender Widerwille gegen die als *obcy* bezeichneten fremden Besatzer vermittelt und zur *samoobrona* (Selbstverteidigung) aufgerufen worden. In Galizien seien die zahlreichen Verhaftungen, Verurteilungen und Hinrichtungen von galizischen Polen aufgrund der Spionagefurcht der österreichischen Behörden entscheidend für die zunehmende Distanzierung der polnischen Meinungsführer von Österreich-Ungarn gewesen. Dazu hätten auch die enttäuschten Hoffnungen auf größere Autonomie des Kronlands innerhalb der Donaumonarchie oder gar auf die Angliederung Kongresspolens an Galizien beigetragen. Für das preußische Teilungsgebiet sei weiterhin die repressive Polenpolitik konstitutiv gewesen. Zwar wurden während des Krieges einige antipolnische Gesetze aufgehoben, doch seien weder das System der Diskriminierung der Polen beseitigt noch bedeutende Schritte hin zu deren staatsbürgerlicher Gleichberechtigung unternommen worden. Aufgrund dieser spezifischen Erfahrungen habe sich die Wahrnehmung der polnischen Meinungsführer verfestigt, dass die Interessen der polnischen Bevölkerung der drei Teilungsgebiete in grundsätzlichen Zukunftsfragen kaum beachtet würden. Vielmehr habe besonders das Deutsche Reich annexionistische Kriegsziele verfolgt und für Polen lediglich die Rolle eines abhängigen Pufferstaats vorgesehen. Die Überlassung kongresspolnischer Gebiete an den neuen ukrainischen Staat im Februar 1918 habe die fehlende Mitbestimmung der Polen augenfällig bestätigt und – abgesehen von einer kleinen aktivistischen Elite in Kongresspolen – deren Abwendung von den Mittelmächten weiter vertieft.

Als Ergebnis steht eine Studie, die durch eine profunde Analyse der Diskussionen über die aktuelle Lage und die Zukunft Polens in den polnischsprachigen Öffentlichkeiten Kongresspolens, Galiziens und Preußens während des Ersten Weltkriegs besticht. Besondere Anerkennung verdient die Verknüpfung des politischen Denkens mit der kriegsbedingten Situation breiter Bevölkerungsschichten. Allerdings erfolgt die Untersuchung dieses Zusammenhangs allein über die öffentlich agierenden Meinungsführer und Medien, ohne die Frage nach der politischen Wirksamkeit medialer Diskurse ausreichend zu reflektieren. Die Annahme, dass die ausführliche Erörterung der Kriegserfahrungen und -deutungen die Bevölkerung zum Subjekt des politischen Prozesses gemacht, zur politischen Integration beigetragen und neue kollektive Identitäten geprägt habe, hätte anhand medienwissenschaftlicher Erkenntnisse vertieft werden können. Ein nützliches Hilfsmittel ist das Glossar; allerdings fehlt ein Register, das dazu beigetragen hätte, die umfangreiche Studie besser zu erschließen.

Berlin

Robert Spät

Loyalität, Legitimität, Legalität. Zerfalls-, Separations- und Souveränisierungsprozesse in Ostmittel- und Osteuropa 1914-1921. Hrsg. von Alfred Eisfeld und Konrad Maier. (Veröffentlichungen des Nordost-Instituts, Bd. 17.) Harrassowitz. Wiesbaden 2014. 257 S. ISBN 978-3-447-06767-6. (€ 34,-)

Die Tagung, die diesem Sammelband zugrunde liegt, fand zwar bereits 2008 statt, doch hat ihr Thema nichts an Aktualität eingebüßt – ganz im Gegenteil: Historikerinnen und Historiker, Juristen und Theologen aus Deutschland, der Ukraine, Russland und Polen

widmen sich den staatlichen Zerfalls-, Separations- und Souveränisierungsprozessen in Ostmittel- und Osteuropa. Der gewählte Zeitraum 1914-1921 verbindet das Geschehen des Ersten Weltkriegs mit der Nachkriegszeit, womit diese gängige chronologische Unterteilung, die eher eine „westliche“ Sichtweise wiedergibt als dass sie den vielfältigen „östlichen“ Erfahrungen entsprechen würde, eine wichtige Relativierung erfährt. Besondere Aufmerksamkeit schenkt der vorliegende Sammelband der Ukraine und ihrem Ringen um staatlich-politische Verortung zwischen „weißem“ und „rotem“ Russland, einheimischer Rätebewegung und Besatzungsregime der Mittelmächte, westlichen Idealen des Selbstbestimmungsrechts und mitteleuropäischen geopolitischen Visionen.

Diese komplexen Vorgänge sollen mit den Leitbegriffen „Loyalität“, „Legitimität“ und „Legalität“ erkundet werden. In ihrem knappen Vorwort beschränken sich die Hrsg. allerdings auf eine lediglich kursorische Begriffsklärung. Irritierend ist zudem, dass ein Beitrag von Arkadiusz Stempin angekündigt ist, der dann aber nicht im Band enthalten ist. Den Auftakt der Beiträge machen Jurij V. Kotlar und Igor' N. Škljaev, die mit den Bauernrepubliken in der Südukraine 1917/18 bzw. der Stadt Odessa 1917-1920 lokale Auswirkungen der häufig wechselnden Frontverläufe und politischen Regimes in den Blick nehmen. Der Essay von Aleksej Miller zum Zerfall multiethnischer Imperien, der wegen seiner grundsätzlichen Aussagen besser an den Anfang oder das Ende des Bandes gepasst hätte, konfrontiert traditionelle nationalstaatliche Deutungen mit den Erkenntnissen der neueren Empire-Forschung. Im folgenden Beitrag widmet sich Aleksandr Beznosov den deutschen Kolonisten in der Ukraine, die als Mennoniten anfangs durchaus skeptisch gegenüber aktiver militärischer Betätigung waren, sich nach wechselnder Konfrontation mit dem deutsch-österreichischen Besatzungsregime, den „Weißen“ und den „Roten“ im russischen Bürgerkrieg aber auf die Seite der „Weißen“ schlugen. Das deutschsprachige Bildungswesen in Russland während des Ersten Weltkriegs ist Thema des Beitrags von Irina V. Čerkaz'janova. Wenig überraschend ist, dass die Loyalität der Lehrkräfte, zumal wenn sie nicht die russische Staatsangehörigkeit besaßen, von den zarischen Behörden vehement in Frage gestellt wurde. Ein bereits vielfach behandeltes Thema präsentiert Marek Kornat mit der Föderationskonzeption Józef Piłsudskis.

Aleksandr Rublev schildert alltagsgeschichtlich die Migrationen und Deportationen von Ukrainern aus dem russisch besetzten Galizien, der Bukowina und Transkarpatien in die westlichen Gouvernements Russlands, wo es häufig erstmals zu direkten Begegnungen zwischen „Galiziern“ und „Dnepr-Ukrainern“ kam, oft kulminierend in der Frage, wer denn „mehr Ukrainer“ sei (S. 78). Diese Auseinandersetzung weist durchaus aktuelle Anklänge auf, ebenso wie die von Viktorija Sološenko dargestellten bilateralen Beziehungen zwischen der Ukrainischen Volksrepublik und Finnland, zwei sich gerade erst konstituierenden Staaten aus dem post-zarischen Raum, die sich wechselseitig zu stützen versuchten. Dass nicht allein die Ukrainische Volksrepublik als neuer Akteur die Staatenbühne Europas zu betreten versuchte, sondern auch die Westukrainische Volksrepublik, verdeutlicht Andrij Kudrjačenko, der unterschiedliche Vorstellungen über die Zukunft der Ukraine und die Einsetzung je eigener Machtorgane und Auslandsvertretungen skizziert.

Eine Reihe von Beiträgen widmet sich der kirchlichen Situation. Natalija Rubleva lenkt den Blick auf römisch-katholische Geistliche in der Diözese Luck-Žitomir, zumeist Polen, die die ukrainische Nationalbewegung ignorierten und zu einem großen Teil zu Beginn der 1920er Jahre nach Westen, in die Republik Polen, emigrierten. Komplementär dazu stellt Elżbieta Alabrudzińska protestantische Priester in den polnischen Ostgebieten (*Kresy*) vor, die überwiegend deutschsprachig, aber loyal zur neuen Republik Polen gewesen seien. Als tragisch kann die Situation der orthodoxen Kirche Estlands nach 1918 gelten, die Sebastian Rimstad behandelt: Ohnehin schon Minderheit im neuen estnischen Staat, wurden die Orthodoxen häufig als „Sowjetagenten“ verfeimt, obwohl das Oberhaupt der Orthodoxen im Baltikum, der Bischof von Riga, 1919 von den Bolševiki ermordet worden war.

In der Mitte des Bandes platziert, unternimmt Otto Luchterhandt eine Begriffsklärung zu Loyalität, Legitimität und Legalität aus juristischer Sicht und weist der Legitimität zentrale Bedeutung zu, da sie an der Grenze zwischen subjektiven und objektiven Maßstäben angesiedelt sei. Pascal Trees diskutiert in seinem Beitrag zur polnischen Militärgeschichte eingehend den Begriff der Loyalität, denn der Dienst in einer Armee verlangte gemeinhin den „größtmöglichen Loyalitätsbeweis“ ab (S. 131). Dem stand freilich entgegen, dass die Mobilisierung für die Armeen der Teilungsmächte im August 1914 weitgehend reibungslos verlief und es nicht überproportional viele polnische Deserteure gab. In der Nachkriegszeit stützte sich die polnische Armee auf Freiwilligenwerbung, während die später eingeführte allgemeine Wehrpflicht auf wenig Begeisterung stieß. Thematisch schließt hier Rudolf A. Mark an, der die Frage stellt, warum es nach 1917 nicht zu einer eigenen ukrainischen Armee kam. Als Gründe nennt er eine verbreitete Kriegsmüdigkeit, die pazifistisch eingestellte Führungsschicht in der Ukraine, die Konkurrenz durch einen romantisierenden Kosakenmythos und das Fehlen eines starken antirussischen Impetus.

Das rumänisch-ukrainische Beziehungsgeflecht nehmen Mariana Hausleitner und Cornelia Schlarb in den Blick. Während Hausleitner das Bild von der Bukowina als einer relativ friedlichen multiethnischen Region in der Habsburgermonarchie vor 1914 zeichnet, die dann zu einem Zankapfel verschiedener militärischer und geopolitischer Interessen geworden sei, zeigt Schlarb, dass die Bessarabiendeutschen zunächst loyal gegenüber dem Zarenreich waren, um dann nach 1918 recht reibungslos zu rumänischen Staatsbürgern zu werden. Im letzten Beitrag des Bandes schildert Joachim Tauber die unterschiedlichen Konzeptionen für ein litauisches Parlament. Während die deutsche Militärverwaltung eine multiethnische Taryba vorsah, wollten führende litauische Politiker ein ethnisch rein litauisches Parlament. 1918 kam es zu einem teilweisen Umdenken, indem die Taryba auch jüdische und weißrussische Abgeordnete kooptierte; Polen blieben aber nach wie vor ausgeschlossen.

Der Sammelband zeichnet ein sehr differenziertes Bild vom östlichen Europa im Zeitraum 1914-1921, ohne allerdings klare konzeptionelle Impulse anzubieten. Die Begriffe „Loyalität“, „Legitimität“ und „Legalität“ werden nur von wenigen Autorinnen und Autoren erkenntnisleitend genutzt. Vielmehr drängt sich die Frage auf, ob für den betrachteten Zeitraum die Erwartungen an Loyalität, Legitimität und Legalität nicht eher fehl gingen; für viele Menschen im östlichen Europa war zuvorderst eine situativ kluge Anpassung an die rasch wechselnden Frontverläufe und politischen Regimes entscheidend. Viele Beiträge sind sehr quellennah, berücksichtigen aber nur unzureichend die internationale Forschungsliteratur; die Darstellung regionaler und lokaler Vorgänge wirkt ohne vergleichende, europäische, transnationale oder transregionale Bezüge etwas isoliert. Allerdings bringt die Quellennähe auch eine Fülle bislang kaum bekannter Details zur Kenntnis, deren kultur- und erfahrungsgeschichtliche Bearbeitung eine lohnende Aufgabe wäre: sei es die Begegnung senegalesischer Truppen der französischen Ordnungsmacht mit den Aufständischen der Bauernrepublik Kolosovka, sei es das Engagement von Frauen für das Flüchtlingsdepartement der ukrainischen Zentralrada oder seien es die Mischehen von Orthodoxen und Katholiken.

Braunschweig

Stephanie Zloch

Pauli Heikkilä: Estonians for Europe. National Activism for European Unification 1922-1991. (Multiple Europes, Bd. 54.) P.I.E. Lang, Bruxelles u.a. 2014. 216 S. ISBN 978-2-87574-166-0. (€ 43,90.)

Dies ist ein interessantes Buch über estnische Wahrnehmungen von Europa und estnische Diskussionen über europäische Integrationsprojekte von der Zwischenkriegszeit bis zum Kalten Krieg. Es stellt eine wertvolle Ergänzung zur Erforschung nicht nur der estnischen Außenpolitik während der Zeit der Unabhängigkeit vor 1940, sondern auch zum